

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Matthias Lammert (CDU)

und

Antwort

des Ministeriums des Innern, für Sport und Infrastruktur

Geschwindigkeitsüberwachung in Rheinland-Pfalz

Die **Kleine Anfrage 3483** vom 23. Juni 2015 hat folgenden Wortlaut:

Ich frage die Landesregierung:

1. Wo gibt es in Rheinland-Pfalz stationäre (inkl. teilstationäre) Geschwindigkeitsüberwachung (bitte auch Zeitpunkt der jeweiligen Einrichtung angeben)?
2. Aus welchen Gründen wird die Geschwindigkeit dort auf diese Weise überwacht?
3. Wie ist die Entwicklung nach Einrichtung der Geschwindigkeitsüberwachung? Gab es Verkehrsunfälle, bei denen die Geschwindigkeitsüberwachung als ursächlich angesehen werden kann (Auffahrunfälle in Folge des Abbremsens nach Erkennen der Geschwindigkeitsüberwachung)?
4. Wie viele Anträge und von wem wurden seit 2013 auf Einrichtung einer stationären Geschwindigkeitsüberwachung gestellt? Wie viele davon wurden abgelehnt und was waren die Gründe für die Ablehnung?
5. Wie viele Geräte zur mobilen Geschwindigkeitsüberwachung gibt es in Rheinland-Pfalz (bitte unterscheiden zwischen Polizei und Kommunen)?
6. Ist die Landesregierung der Meinung, dass die Ausstattung mit Technik und Personal bei Kommunen und Polizei in Rheinland-Pfalz ausreichend ist, um inner- und außerorts Geschwindigkeitsüberwachung in für die Verkehrssicherheit ausreichendem Maß durchzuführen?

Das **Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 13. Juli 2015 wie folgt beantwortet:

Zu den Fragen 1 bis 3:

In Rheinland-Pfalz sind zurzeit 21 stationäre Anlagen zur Geschwindigkeitsüberwachung im Einsatz. Drei Anlagen werden im polizeilichen Zuständigkeitsbereich und 18 Anlagen im kommunalen Zuständigkeitsbereich betrieben.

Weitere Informationen können der als Anlage beigefügten Tabelle entnommen werden.

Zu Frage 4:

Seit dem Jahr 2013 sind von kommunaler Seite sieben Anträge auf Einrichtung einer stationären Geschwindigkeitsmessanlage beim Innenministerium gestellt worden. Hiervon wurden drei Anträge genehmigt und vier Anträge aufgrund folgender Gründe abgelehnt:

Kommune	Ablehnungsgründe
Niederzissen	<ul style="list-style-type: none"> – Keine Unfallhäufungsstelle aufgrund überhöhter Geschwindigkeit. – Niedrige Beanstandungsquote bei den Geschwindigkeitsmessungen.
Ludwigshafen (Kreuzungsbereich Kaiserwörthdamm, B 44/Shellstraße/Wegelnburgstraße)	<ul style="list-style-type: none"> – Keine Unfallhäufungsstelle aufgrund überhöhter Geschwindigkeit.
Mainz (Saarstraße)	<ul style="list-style-type: none"> – Keine Unfallhäufungsstelle aufgrund überhöhter Geschwindigkeit.
Osthofen – hier wurde eine weitere Kamera für die bereits vorhandenen Anlagen beantragt. (Hinweis: 2012 wurden vier Anlagen mit einer Kamera genehmigt.)	<ul style="list-style-type: none"> – Nach Auswertung der polizeilichen Erkenntnisse lagen keine Gründe vor, die den Einsatz einer weiteren Kamera gerechtfertigt hätten.

Zu Frage 5:

In Rheinland-Pfalz gibt es insgesamt 54 mobile Geschwindigkeitsmessanlagen. 21 Anlagen werden von der Polizei und 33 Anlagen von den Kommunen betreut.

Zu Frage 6:

Die Landesregierung setzt bei der Bekämpfung der Hauptunfallursache „überhöhte Geschwindigkeit“ – neben Verkehrssicherheitsmaßnahmen von der Verkehrserziehung bis hin zur nachhaltigen Verbesserung der Infrastruktur – auf professionelle Verkehrsüberwachung. Dabei kommt der polizeilichen und kommunalen Geschwindigkeitsüberwachung mit hohen Anteilen mobiler Kontrollen besondere Bedeutung zu. Die Einrichtung einer stationären Anlage kommt insbesondere aufgrund der nur punktuellen Wirkung ausnahmsweise in Betracht, wenn dies nach den örtlichen Gegebenheiten notwendig ist.

Die Landesregierung ist der Auffassung, dass die personelle und technische Ausstattung der Polizei sowie der zuständigen Kommunen ausreichend ist, um die Aufgaben im Rahmen der Verkehrsüberwachung zu erfüllen.

Roger Lewentz
Staatsminister

Anlage zur Kleinen Anfrage 3483 – Frage 1 bis 3Kommunale stationäre Messanlagen:

Kommune	Anzahl der Anlagen	Standorte der Anlagen	Zeitpunkt der Einrichtungen	Gründe für die stationären Anlagen	Verkehrsentwicklung nach Einrichtung der stationären Anlage / Auffahrunfälle in Folge des Abbremsens
Kaiserslautern	4	-Pariser Straße -Leipziger Straße -Altenwoogstraße -B 270 / Kleeblatt	2003 2003 2003 2014	Bei den Standorten handelt es sich um Unfallhäufungsstellen. Der Einsatz von mobilen Messgeräten führte aufgrund der geringen Überwachungsdichte nicht zu einem Rückgang der Unfallzahlen.	Seit der Installation der stationären Anlagen ist die Zahl der Verkehrsunfälle zurückgegangen. Es gab keine Auffahrunfälle, bei denen die Geschwindigkeitsmessanlagen als ursächlich angesehen werden konnten.
Koblenz	3	-Europabrücke (2 Anlagen) -Moselring	1999 1999	Mobile Messungen sind hier nicht möglich, ohne das Messpersonal in Gefahr zu bringen.	Hier sind die Unfallschwere sowie die Unfallhäufigkeit zurückgegangen. Es gab keine Auffahrunfälle, bei denen die Geschwindigkeitsmessanlagen als ursächlich angesehen werden konnten.
Ludwigshafen	2	-Brunckstraße Ecke Carl-Bosch Straße in Richtung Oppau -Kreuzung Mannheimer Straße/Ecke Sternstraße	2007 2014	Bei diesen Standorten handelt es sich um konkrete Unfallhäufungsstellen. Mobile Messungen sind hier nicht möglich, ohne das Messpersonal in Gefahr zu bringen.	Seit der Einrichtung der stationären Anlagen ist Zahl der Verkehrsunfälle zurückgegangen. Verkehrsunfälle aufgrund der stationären Überwachung sind nicht bekannt.

Osthofen	3 (1 Kamera)	-Wonnegaustraße -Herrheimer Straße -Friedrich-Ebert-Straße (Hier wird jeweils nur ein Standort überwacht.)	2014 2014 2014	Bei diesen drei Standorten handelt es sich um konkrete Gefahrenstelle (Querung eines Schulweges).	Es kommt zwar weiterhin zu Geschwindigkeitsüberschreitungen, jedoch zeichnet sich ab, dass die Anzahl der Bußgelder im Vergleich zu den Verwarngeldern gesunken ist. Das bedeutet, dass hohe Überschreitungen der Geschwindigkeit in diesem Bereich rückläufig sind. Verkehrsunfälle im Zusammenhang mit der Überwachungsmaßnahme sind nicht bekannt.
Worms	4	-Worms-Pfeddersheim, Frankenthaler Straße FR Ortsmitte -Worms-Pfiffligheim, B 47, Alzeyer Straße 305-307, FR Ortsmitte -Worms-Pfiffligheim, B 47, Alzeyer Straße 284, FR Pfeddersheim -Worms-Leiselheim, Pfeddersheimer Straße 88 FR Ortsmitte	2000 2000 2000 2004	Mobile Messungen sind hier nicht möglich, ohne das Messpersonal in Gefahr zu bringen.	Da die Anlagen mittlerweile bekannt sind, hat sich die Geschwindigkeit der Autofahrer reduziert.
VG Kirchen (Sieg)	2 (1 Kamera)	-Mudersbach FR Siegen -Mudersbach FR Kirchen (Es ist jeweils nur ein Standort mit einem Messgerät bestückt)	2005 2005	Die Einrichtung erfolgte aufgrund festgestellter erheblicher Geschwindigkeitsüberschreitungen.	Unmittelbar nach Einrichtung der Anlage lag die Zahl der gemessenen Geschwindigkeitsüberschreitungen bei ca. 350 bis 400 innerhalb eines Zeitraumes von 2 Wochen. Diese sind seither kontinuierlich auf ca. die Hälfte gesunken. Durch die Mess-einrichtung bedingte Unfälle sind nicht bekannt geworden.

Polizeiliche stationäre Messanlagen:

Standort der Anlage	Zeitpunkt der Einrichtung	Gründe für eine stationäre Anlage	Verkehrsentwicklung nach Einrichtung der stationären Anlage / Auffahrunfälle in Folge des Abbremsens
B 260 bei Bergnassau	1992	Aufgrund der spezifischen örtlichen Gegebenheiten ist eine dauerhafte Verkehrsüberwachung mit einer mobilen Geschwindigkeitsmessanlage nur schwer zu gewährleisten. Darüber hinaus ist die mit einer stationären Geschwindigkeitsmessanlage zu erreichende punktuelle Wirkung der Geschwindigkeitsüberwachung hier ausreichend.	Auffahrunfälle aufgrund der stationären Überwachung sind nicht bekannt.
A 6 bei Kaiserslautern	2012	Vgl. die Begründung zur B 260.	Auffahrunfälle aufgrund der stationären Überwachung sind nicht bekannt.
A 65 am Autobahnkreuz Ludwigshafen	2014	Vgl. die Begründung zur B 260.	Auffahrunfälle aufgrund der stationären Überwachung sind nicht bekannt.

